

Heidrun Kämper

# Protest als sprachliches Umbruchphänomen der späten 1960er Jahre – Aushandeln einer politischen Ausdrucksform

## Vorbemerkung

Habermas lobt

die neuen, provokativen, die mißverständlichsten, aber publizistisch auffälligsten Protesttechniken. Sie durchstoßen die Kruste falscher Terminologien und rühren den Brei des offiziösen Sprachgebrauchs um, [...] sie geben falsches Pathos der Lächerlichkeit preis und nennen Mief, was Mief ist.<sup>1</sup> (Habermas 1968: 180)

Habermas lobt damit die sprach- und kommunikationskritische Haltung der am Protestdiskurs beteiligten studentischen Aktivisten.

In diesem Zitat sind die Elemente des Titels, mit dem der vorliegende Beitrag überschrieben ist, aufgehoben: Protest wird in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen benannt, ebenso seine Neuheit, er wird im studentisch-universitären Milieu verortet, es wird auf seine sprachkritische Fokussierung verwiesen. Und: Der Lobende, Habermas, gibt sein Einverständnis! Dieses Einverständnis hat mit jenem benannten sprachkritischen Modus des Protests zu tun. Dieser Modus markiert die Grenze des Einverständnisses der intellektuellen Linken mit dem Protesthandeln der studentischen Linken. Damit ist das Moment des Aushandelns unseres Titels benannt.

So bin ich beim Thema, das ich wie folgt entfalten werde. In der anschließenden theoretischen Verortung kläre ich zunächst die Kategorien und Konstellationen: ‚Protest‘, ‚Aushandeln‘, ‚Beteiligte‘, ‚Aushandlungsgegenstand‘, ‚Kommunikationsmodus‘. Es folgt die exemplarische Analyse: am Beispiel von *Praxis* (in der Abgrenzung zu *Theorie*), *Provokation* und *linker Faschismus* wer-

---

<sup>1</sup> Aus der Perspektive des kritischen Rückblicks stellen sich Gerd Koenen solche die Konventionen durchbrechende Praktiken als „Züge von Bilderstürmerei“ dar. „Zeremonielle Feierlichkeiten wie Rektoratseinführungen, Preisverleihungen, Theaterpremieren, Festkonzerte und ähnliches zogen fast unweigerlich Störaktionen auf sich, erst recht, wenn Amtsorte oder sonstige Traditionselemente mit ins Blickfeld kamen“ (Koenen 2002: 133).

den drei typische und als Nominationen<sup>2</sup> für Protestformen kennzeichnende Aushandlungsergebnisse und -muster nachvollzogen. In einem Fazit werden diese Muster abstrahiert (vgl. dazu auch die Beiträge von Spitzmüller/Bendl und Dang-Anh i. d. Bd.).

## 1 Theoretische Verortung – Klärung der Kategorien und Konstellationen

### 1.1 Protest

Protest ist eine Form von Politikkritik, die aus der Wahrnehmung von Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Nichtbeteiligung entsteht (vgl. Kämper 2017a). Das Phänomen Politikkritik ist semiotisch und sprachlich-kommunikativ komplex, durch historischen Kontext, Gegenstand, Ausdrucksformen und Akteure geprägt (vgl. Spinner 1983).

Die kommunikative, auf politische bzw. gesellschaftliche Bedingungen gerichtete Handlung der Kritik in Form des Protests erfährt einerseits in den späten 1960er Jahren eine neue Ausdeutung der Verwissenschaftlichung und Theoretisierung, die sich u. a. ableitet aus der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule als eine der zentralen Referenzphilosophien. Diese verhilft Kritik zu einem demokratisierenden Status. Gleichzeitig wird andererseits Protest artikuliert in Gewaltzusammenhängen, womit er einen partiell demokratiegefährdenden Status erhält (zum Aspekt der Gewalt vgl. auch Spitzmüller/Bendl i. d. Bd.). Aufgrund dieser Konstellation ist Protest als agonales Zentrum des 68er Diskurses strittiger Gegenstand von Aushandlungspraktiken.

Abgesehen davon, dass Protest der „Selbstvergewisserung und Identitätsstiftung der Protestierenden“ dient, besteht seine Funktion als Handeln im politischen Kontext, in der Definition des Bewegungsforschers Dieter Rucht, darin, „die an die Außenwelt adressierten Botschaften dar[zustellen], mit denen eine Bewegung ihre Problemdeutung, Kritik und Ziele präsentiert“ (Rucht 2008: 169).

---

<sup>2</sup> Ich verwende den Terminus *Nomination* im Sinn von Girth, der *Nomination* definiert als „stellungsbeziehende, wertende Form der Referenz“ (Girth 2002: 56).

Niklas Luhmann folgend ergibt sich die

Einheit der Protestbewegung [...] aus ihrer Form, eben dem Protest. Mit der Form des Protestes wird sichtbar gemacht, daß die Teilnehmer zwar politischen Einfluß suchen, aber nicht auf normalen Wegen. Dies Nichtbenutzen der normalen Einflußkanäle soll zugleich zeigen, daß es sich um ein dringliches und sehr tiefgreifendes, allgemeines Anliegen handelt. (Luhmann 1998: 853)

Diese Bestimmungen (zum systemtheoretischen Protestbegriff vgl. auch Markewitz i. d. Bd.) sind für unsere Zwecke zu spezifizieren und ich möchte Protest also so definieren:

Protest ist eine komplexe, hinsichtlich ihrer Formen sprachlich, para- und nichtsprachlich variationsreiche, in ihrer nichtsprachlichen Version potenziell den Normen und Regeln sozialer Interaktion nicht entsprechende und daher zu legitimierende kommunikativ-interaktive Praktik milieuspezifischer Akteure, die zur Erreichung oder zur Behebung eines bestimmten Zustands oder Sachverhalts dient.<sup>3</sup>

Protestanlässe sind von den Protestakteuren als Missstände, Fehlentwicklungen, Ungerechtigkeiten etc. bewertete Sachverhalte, die sich in konkreten Geschehnissen in Gesellschaft und Politik manifestieren. In den späten 1960er Jahren sind dies insbesondere – in der Bewertungsterminologie der Akteure: Erschießung Benno Ohnesorgs als Ausdruck des autoritär-gewaltbereiten Staats, Berichterstattung der Springer-Presse als Form gesellschaftlicher Manipulation, Vietnam-Krieg als US-amerikanischer Imperialismus, Notstandsgesetze als Ausdruck einer faschistischen Kontinuität, Ordinarienuiversität als Herrschaftsinstrument.

---

<sup>3</sup> Ohne ausführlich darauf einzugehen, sei auf den Ansatz der linguistischen Contradiction- bzw. Widerspruchs-Forschung verwiesen. Protest ist in diesem Zusammenhang als eine Widerspruchsversion anzusehen. Im vorliegenden Zusammenhang haben wir es mit der Praxis, also mit „Praktiken der Entgegensetzungen“ zu tun. Diese „umfassen [...] den Widerruf einer eigenen Position, den Einwand, das Einnehmen einer Opposition oder den Akt der Erklärung einer Relation der Unvereinbarkeit“ (Warnke/Acke 2018: 325). Warnke/Acke verstehen Widerspruch als die Relationierung von Aussagen mit deklarativem Potenzial: „Letztlich ist jede Feststellung eines Widerspruchs als Relation der Unvereinbarkeit auch eine Widerspruchsdeklaration, also eine Praxis, in deren Folge eine Relation überhaupt erst als widersprüchlich erscheint, und die als materialisiertes Aussagenprodukt realisiert ist. Relation, Produkt und Praxis greifen also beim Widerspruch stets ineinander. Widersprüche bestehen nicht, sondern sie werden erklärt – besser deklariert –, sie sind wahrnehmbar in materialisierten Aussagen als Produkte der Entgegensetzung und insofern Zweck oder Effekt von Praktiken der Aussagenrelationierung“ (ebd. 329).

Vor diesem Hintergrund bezeichnen Protesthandlungen 1967/68 Ausdrücke wie

- Argumentation, Diskussion, Kritik,
- Demonstration, Aktion, Aufklärung,
- Entlarvung, Befreiung, Bewusstmachung,
- Sit-in, Teach-in,
- Regelverletzung, Verweigerung, Widerstand,
- Praxis in der Abgrenzung zu Theorie, Provokation, linker Faschismus.

Alle diese sind Schlüsselwörter der Jahre 1967/68.<sup>4</sup> *Argumentation*, *Diskussion* und *Kritik* bezeichnen sprachliche, alle anderen nicht nur sprachliche Protesthandlungen.

Die drei Letztgenannten, als Bezeichnungen für Protesthandlungen und -formen, denen Sprachlichkeit als ausschließlicher Modus fehlt, werden uns noch beschäftigen.

## 1.2 Aushandeln

Das [...] Aushandlungsmodell der Kommunikation unterstellt den Beteiligten mehr oder weniger explizit auf jeder Ebene der Handlungskoordination ein rationales, selbstreflexives und antizipierendes Kommunikationshandeln. [...] die Akteure [...] kommunizieren aushandelnd, wann immer sie kommunizieren. (Ingwer 2008: 905)

Diese für die gesprächsanalytische Forschung der face-to-face-Kommunikation formulierte Feststellung können wir modifiziert auf die diskursive Version der Kommunikation übertragen: Auch im orts- und zeitversetzten Diskurs wird „rationales, selbstreflexives und antizipierendes Kommunikationshandeln“ vorausgesetzt – als Voraussetzung für die Überzeugungskraft der vorgetragenen Argumente zum Zweck der Legitimierung / Delegitimierung.

Auf unseren Gegenstand bezogen können wir also sagen:

- Aushandeln ist eine ergebnisorientierte und argumentationsbasierte kommunikative Spezifizierung von Diskussion. Diese war für die Beteiligten von 1967/68 eine zentrale und sie wie keine andere kennzeichnende Kommunikationsform, die eine Lebensform.<sup>5</sup>
- Wer sich im kommunikativen Modus des Aushandelns befindet, hat ein durch argumentatives Handeln zu erreichendes kommunikatives Ziel.

---

<sup>4</sup> Schlüsselwörter wie diese sind erschlossen in dem Online-Wörterbuch „Protestdiskurs 1967/68“ (Kämper 2013).

<sup>5</sup> Vgl. Kämper 2012a: 105–144; Verheyen 2012.

- Das grundlegende Argumentationsmuster von Aushandeln ist LEGITIMIEREN.
- Als Diskurs-Phänomen zeichnet sich Aushandeln durch einen geringen Grad an Interaktivität aus.

### 1.3 Beteiligte

Während die meisten Untersuchungen zu „68“ die Akteure der studentischen Linken fokussieren, wird im Folgenden eine Konstellation von Handelnden zweier unterschiedlicher Akteursgruppen betrachtet (zu Personen als Akteure im politischen Kontext vgl. Kämper 2017b).

Trägergruppe des Protests als Bewegung ist die studentische Linke (Rudi Dutschke, Hans-Jürgen Krahl u. a.). Sie agiert im eigentlichen Sinn protestierend. Dieses Agieren hat, als Aushandlungsgegenstand (s. u.), in seiner kommunikativ-interaktiven Dimension zur Voraussetzung eine weitere Beteiligtengruppierung, die der intellektuellen Linken insbes. der Frankfurter Schule (Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Jürgen Habermas u. a.). Sie sind die Theorielieferanten und als Hochschullehrer der studentischen Akteure deren Kommunikationspartner.

Diese Konstellation macht aus „68“ ein Generationenprojekt und prägt Kommunikationsverhalten und Argumentationslinien der Beteiligten: Dass die Aushandlungssequenzen über die Formen von Protest im Grundsatz Gewalt zum Gegenstand haben, ist mit dieser generationellen Konstellation der Akteure zu erklären.

Beide Akteursgruppen bewegen sich im intellektuellen Milieu<sup>6</sup>, in der Variante des Selbstverwirklichungsmilieus die studentische Linke – kritische Haltung und Skepsis „gegenüber Autoritäten und hierarchischen Strukturen“ (Schulze 1993: 319) sind die Kennzeichen; im Niveaumilieu die intellektuelle Linke – „Taxieren[...], Moralisieren[...], Pädagogisieren[...]" (ebd. 284) sind ihre Ausdrucksformen ebenso wie „Bildung des Urteils [...] als Vorgang objektiver Erkenntnis“ (ebd. 285) und „leichte [...] Tendenz zur Unzufriedenheit“. Das

---

<sup>6</sup> „Achtundsechzig [markiert] eine Neuordnung und -orientierung der intellektuellen Eliten der Bundesrepublik“, deren soziale und biographische Perspektiven sich vervielfältigen. In dieser Zeit verlieren die bisherigen Subjektkonzepte von Intellektuellen rapide an Attraktivität und Autorität. Das gilt gleichermaßen für das männlich-heroische Konzept „wie für das bildungsbürgerliche“; für das nonkonformistische wie das „kleinbürgerlich-autoritäre Konzept“ (Bogdal 2001: 19).

Niveaumilieu „spiegelt Grundlinien der modernen Persönlichkeit wider, die im Menschenbild der Aufklärung und des Bürgertums angelegt waren“ (ebd. 289).

Diese Milieuzuordnung hat sprachlich-kommunikative Entsprechungen hinsichtlich des Bedürfnisses der Aushandlung generell, sowie hinsichtlich der Argumentationslinien in Bezug auf den Aushandlungsgegenstand ‚Protestform‘.

## 1.4 Aushandlungsgegenstand

Gegenstand der Aushandlung ist die Legitimität nichtsprachlichen Protesthandelns, das im Zeichen legitimer Gewalt von den beiden Akteursgruppen kontrovers diskutiert wurde. Im Verständnis der studentischen Linken ist jegliche Form von Protest eine durch demokratische Grundregeln legitimierte Ausdrucksform, während die intellektuelle Linke mit dem Kriterium der Gewalt diejenigen Formen von Protest als demokratisch nicht legitimiert betrachtet, die zu manifester staatlicher Gewalt provozieren bzw. selbst gewalttätig sind. Damit zieht sie eine Konfliktlinie, um die Legalität bzw. Nichtlegalität und damit die demokratische Legitimiertheit von Protest nicht nur zu bewerten, sondern die studentischen Akteure zu einem Bekenntnis zur Gewaltabstinenz herauszufordern.

## 1.5 Kommunikationsmodus

Die Aushandlungs-Kommunikation besteht in Bedeutungsanalyse und -festlegung von lexikalischen Einheiten. Insofern wir es mit reflexionsaffinen sprachbewussten Akteuren zu tun haben, sind ihre Legitimationsakte semantische Analysen und begriffliche Festlegungen.<sup>7</sup> Diese kommunikative Praxis der Begriffsanalyse zielt auf die Vereinbarung von Sprache und Wirklichkeit, von Bezeichnendem und Bezeichnetem. Sie ist zeitgenössisch motiviert u. a. in dem Marcuseschen Postulat von der Notwendigkeit einer neuen Sprache zur Schaffung einer neuen Gesellschaft, das er in seinen „Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft“, so der Untertitel von „Der eindimensionale Mensch“, entwickelt;<sup>8</sup> ebenso in den sprachkritischen Reflexionen Adornos, die er in „Jargon der Eigentlichkeit“ formuliert hat.

---

<sup>7</sup> Vgl. Kämper 2012a: 125–144.

<sup>8</sup> In diesem Sinn stellt Kopperschmidt fest: „[1968 fand] ‚die deutsche Revolution‘ im *Wort* statt: „eine Revolution [kann] nur gelingen [...], wenn ihr eine Revolution der Sprache voraus-

Hohes Sprachbewusstsein und ein an der Aufklärung geschultes wissenschaftliches Bemühen um semantische Präzision, die Auseinandersetzung mit den semantischen Elementen eines gegebenen Ausdrucks, sind Kennzeichen der im Zuge des Aushandelns vollzogenen konzeptuellen Analysen.

## 2 Aushandlungsmuster: Theorie und Praxis – Provokation – linker Faschismus

Wir setzen voraus: Die Protestformen von 1967/68 sind Effekte von Aushandlungssequenzen, deren Gewaltpotenzial die Protestierenden als politische Expression und die intellektuelle Linke als jugendliche Normabweichung bewerten.<sup>9</sup>

### 2.1 (Theorie und) Praxis – Konkretisierung / Konkretisierungsverweigerung

Referenz ist die Kritische Theorie, genauer: deren aus Sicht der studentischen Akteure *adornitische Praxisfeindlichkeit*.<sup>10</sup>

Anspruch der studentischen Linken ist die Vermittlung von Theorie und Praxis, mit ihrer Idee des „Praktisch-Werden[s] der Theorie, ihre[r] Überführung in Aktion“ (Gilcher-Holtey 2008: 235). Damit bringt sie sich in Opposition zu ihrer Leitphilosophie. Die lexikalischen Chiffren *Theorie* und *Praxis* stellen gleichsam argumentativ den Übergang her von der rein theoretischen Auseinandersetzung mit der als demokratisch defizitär bewerteten Gegenwartsgesellschaft zur praktischen politischen Tat. Diese Tat ist dann im Sinn von Aushand-

---

geht: ‚Keine neue Welt ohne neue Sprache‘, so heißt es im Tagebuch des Ich-Erzählers in Ingeborg Bachmanns *Das dreißigste Jahr*“ (Kopperschmidt 2001: 104, Herv. i. Orig.).

<sup>9</sup> Die nachfolgenden Befunde zu den drei Protestkategorien wurden zuerst vorgelegt in Kämpfer (2012), werden hier allerdings als Elemente von Demokratiekonzepten dargestellt und beschrieben.

<sup>10</sup> „Eine Renaissance der adornitischen generellen Praxisfeindlichkeit ist durchaus zu erwarten; vor allem dann, wenn die unmittelbaren Folgen der Studentenbewegung vorläufig nichts als einige Reformen sein sollten, die die gruppenspezifische Situation zu erleichtern scheinen. Der Rückfall auf eine Bewußtseinsstufe, die durch die Praxis und die Aktionen schon tendenziell überwunden war, wird zur objektiven Unmöglichkeit der Revolution hypostasiert“ (Schmieder 1968: 11).

lungsstrategien zu legitimieren, wenn sie einen Normbruch darstellt, also, der „Propaganda der Tat“ folgend, gewalttätig ist.

Durch Aufhebung der antonymischen Relation von *Theorie* und *Praxis* die Umkehr ihrer Valenz und damit die Legitimation praktischen Protesthandelns zu erreichen (das gewalttätiges Handeln nicht ausschließt) – das ist das Aushandlungsziel der studentischen Linken:

Solange in Frankfurts ‚Kritischer Theorie‘ nur ideengeschichtlich Kommunikationsstrategien erarbeitet werden, in Hegelschen Elegien das ohnmächtige Individuum beschworen wird, und prinzipiell alle in der Tat Gewalt fordernde Momente emanzipatorischer Praxis von wissenschaftlicher Reflexion ausgeschlossen bleiben, [...] müssen wir Frankfurts Soziologie, die bürgerlichen Wissenschaften und ihren Betrieb ablehnen. (Entwurf 1968: 517)

Man sucht Legitimation bei dem Argument *Gewalt fordernde Momente* – das sind solche, die der Kampf um das Ziel verlangt, den man als *emanzipatorische Praxis* versteht, das sind Momente praktischen politischen Widerstands von unten.

Nach dem 11. April 1968 gibt man mit dem Praxisargument sowohl verbal als auch physisch jegliche Gewaltvermeidung auf, man relativiert die bis dahin die kommunikative Deontik (nach Hermanns 1986) allein beherrschende Diskussionsethik als Vorbereitung für die „Schlachten“:

In den Schlachten vor der Societätsdruckerei und im Gallusviertel begann sich für die Studenten die Notwendigkeit des Übergangs vom Protest zum Widerstand, von der Gewaltlosigkeit zur Gegengewalt sehr viel praktischer zu zeigen als bei den monatelangen vorangegangenen Diskussionen in der Universität, ohne die allerdings die Praxis der organisierten Gegenaktionen gar nicht möglich gewesen wäre. (Claussen 1968: 8)<sup>11</sup>

So definierte *Gegengewalt* eskaliert weiter – bis zur gewalttätigen Demonstration am Tegeler Weg vom 4. November 1968.

Habermas nennt diese „Tegeler Steinwurfdemonstration“ den Beginn einer neuen Phase: „Taktik des begrenzten Vandalismus“, eine „Verzweiflungstaktik“, mit der „die aktionistischen Gruppen einen immer drückender werdenden Legitimationszwang abgeschüttelt“ hätten (Habermas 1969: 10).

Für die Vertreter der Frankfurter Schule also kommt eine so ausgedeutete Praxis, die einen konzeptionellen Ausgleich von Theorie und Praxis voraussetzt, und damit die Legitimation von Praxis durch Theorie, und damit eine im Zeichen der Praxis zumindest nicht abgelehnte Gewalt, nicht in Frage.

---

<sup>11</sup> Im anschließenden Abschnitt gehe ich auf die intertextuellen Elemente *Protest* und *Widerstand* als Argumente des Provokationsdiskurses ein.

Adorno ist zutiefst überzeugt von der Überlegenheit und der Prävalenz der Theorie gegenüber der Praxis.<sup>12</sup> Er hält den „Kindern“ in einem Brief an Günther Grass „bornierten Praktizismus“ vor, „der bereits in abscheulichen Irrationalismus“ übergehe. In seinem Spiegel-Interview vom Mai 1969 bezeichnet er „das Unglück im Verhältnis von Theorie und Praxis“. Dieses bestehe „heute gerade darin, dass die Theorie einer praktischen Vorzensur unterworfen wird“ (Adorno 1969: 724f.).

Mit diesem Aushandlungsmuster – erfassen wir es mit dem Begriffspaar Konkretisierung / Konkretisierungsverweigerung – erhalten die weiteren Ausdeutungen der Handlungskonzepte von Protest ihr Motiv. Mit der Praxisorientierung der studentischen Linken schafft sie eine Legitimation ihres Protesthandelns, das seinen Handlungsgehalt – mit der Provokation – intensiviert, bzw. derart radikalisiert, dass Habermas es als Gewaltbereitschaft der studentischen Linken interpretiert und als linken Faschismus bewertet (s. u.).

## 2.2 Provokation – Deklarationsdruck / Deklarationsverweigerung

Jürgen Habermas diskutiert am 9. Juni 1967 mit Teilnehmenden des Kongresses „Bedingungen und Organisation des Widerstandes“, anschließend an die Beerdigung Benno Ohnesorgs. Habermas bezieht sich mit seinem Beitrag u. a. auf Rudi Dutschke, der auf dem Kongress zur Bildung von Aktionszentren und zu gemeinsamen Aktionen aufruft (Dutschke 1967a: 81f.).

In seinem Kommentar zu dieser Aufforderung reklamiert Habermas eine Bedeutungsfestlegung:

Der Sinn von Provokation sollte für heute abend terminologisch geregelt werden, damit wir nicht aneinander vorbeireden. Soweit Sie mit ‚Provokation‘ die Ausübung demonstrativer Gewalt meinen, ist sie völlig legitim. Demonstrative Gewalt ist die Gewalt, mit der wir uns Aufmerksamkeit für Argumente erzwingen, und d. h., dort die Herstellung von Bedingungen für eine Diskussion erzwingen, wo sie stattfinden sollte. Das hat man bisher nicht Provokation genannt. (Habermas 1967a: 75)

---

<sup>12</sup> Nirgendwo eindrücklicher vielleicht formuliert er diese Überzeugung, als in seinen „Diskussionen über Theorie und Praxis“, die er mit Max Horkheimer führt: „Die Theorie ist gerade durch das Herausgenommensein selber so etwas wie die Stellvertretung des Glücks. Das Glück, das durch die Praxis herzustellen wäre, findet in der heutigen Welt gar keinen anderen Reflex als das Verhalten des Menschen, der auf dem Stuhl sitzt und nachdenkt“ (zit. nach Müller-Doohm 2003: 697).

Anschließend an diese Ausdeutung formuliert Habermas die konventionelle Lesart, die er um einen Einstellungskommentar und eine wertende Paraphrase ergänzt:

Provokation nannte man und nennt man folgendes: Was die Probleme in den Institutionen selbst verankert, wird Gewalt, auf die sich herrschende Positionen stützen, herausgefordert zu Aktionen, die diese sublimale Gewalt zu einer manifesten Gewalt machen, um sie dadurch zu deklarieren und zu denunzieren. (Habermas 1967a: 75)

*Provokation* im Sinn von ‚bewusste Herausforderung von manifester staatlicher Gewalt‘ – diese Lesart ist nicht mit dem studentischen Selbstverständnis vereinbar. Man legitimiert *Provokation* stattdessen etwa als den Versuch, die Notstandsgesetze zu verhindern und nennt diesen Versuch „provokativen Protest und [...] politische Demonstration gegen die Vorbereitung des Notstandsterrors“ (SDS 1967b: 321).

Die Aktivisten interpretieren *Provokation* / *provozieren* als legitimen Akt demokratischen Widerstands, sie rücken damit *Gewalt* nicht explizit in den semantischen Fokus von *Provokation*. Und: Sie bestätigen Habermas‘ konventionelle Lesart, die zwischen *demonstrativer* und *provokativer Gewalt* unterscheidet: „Gewalt ist von unserer Seite mit demonstrativer und provokatorischer Gegengewalt zu beantworten“ (Dutschke 1967b: 270).

Die eine Protestform bezeichnende Nomination *Provokation* erfährt durch den Gebrauch der Aktivisten also eine Umdeutung von der Standardlesart ‚Nötigung, Störung‘ zu einem demokratischen Begriff legitimen und moralisch notwendigen politischen Handelns.<sup>13</sup> In dieser Lesart werden sie zu an Friedfertigkeit nicht überbietbaren *Demonstrationsformen* abgetönt<sup>14</sup> und mit dem Ar-

---

**13** *Provokation* bezeichnet übrigens eine Handlung, die nicht nur um der Sache, sondern auch um der Aufmerksamkeit willen geschieht, als Inszenierung zur Erzeugung medialer Aufmerksamkeit – eine Bewegung ohne öffentliche Wahrnehmung ist keine. In diesem Sinn formuliert Peter Schneider die zu lernende „Grundregel jedes erfolgreichen Protests in der Mediengesellschaft: Nur wer die Regeln verletzt, nur wer von der genehmigten (Demonstrations-)Route abweicht, wird bemerkt und schafft es in die Schlagzeilen. Diesen Lernvorgang hat Rudi Dutschke später in einen – für ihn untypisch handlichen – Merksatz übersetzt: ‚Ohne Provokation werden wir überhaupt nicht wahrgenommen.‘ Es war diese Lektion, die die folgenden Jahre der Rebellion prägte“ (Schneider 2008: 103).

**14** „[...] diese Demonstrationsformen [beschränken] sich darauf, »heilsame Schocks« oder »erstauntes Nachdenken« zu provozieren [...] eine Strategie des Schockierens, des Aufrüttelns, der virtuellen Vorführung von Alternativen“ (Offe 1968b: 107).

gument „Provokation ist eine Notwendigkeit“ (Krahl 1967b: 71) begegnet man dem fortgesetzten Deklarationsdruck Habermas'.<sup>15</sup>

Im weiteren Verlauf ist dann eine zunehmend positive Deontik von *provokieren* feststellbar, die die Distanz zu einem Gewalt bezeichnenden Konzept immer mehr verkürzt, etwa in der, die Lektüre von Ulrike Meinhofs Artikel „Vom Protest zum Widerstand“<sup>16</sup> bestätigenden, Opposition von *provokativ* und *aktiv* zur Bestimmung von *Protest* und *Widerstand*: Die Phase des provokativen Protests ist vorbei, die des aktiven Widerstands hat begonnen.

Wir sehen: *Provokation* gehört zu denjenigen Handlungsbezeichnungen, die auf auch nichtverbale Protesthandlungen referieren und ist entscheidend an dem von den beiden Beteiligengruppierungen unterschiedlich bewerteten Konzept der Gewalt beteiligt. Indem *Provokation* für die studentische Linke legitimierende, für die intellektuelle Linke, die Deklarationsdruck ausübt, delegitimierende Funktion hat, ist es in höchstem Maß strittiger Gegenstand der beiden Beteiligengruppen, und die polyseme Struktur dieser Diskurselemente wird im Zuge dieser Aus-

---

15 „Natürlich handelt es sich bei den meisten der offen ausgetragenen Konflikte um Provokationen gegenüber herrschenden Gruppen oder etablierten Apparaten, die ihre Machtpositionen mittels der Normen und Spielregeln verteidigen zu können glauben. Aber das heißt doch nicht, daß die politische Strategie außerparlamentarischer Opposition in der Provokation um ihrer selbst willen bestünde, oder zugespitzter, um die »nackte Repression einer faschistischen Gewalt« hervorzulocken, also das Spiel der self-fulfilling prophecy zu spielen. (Krippendorff 1968: 168); der überwiegende Teil der Aktionen der studentischen Protestbewegung [ist] gerechtfertigt durch das, woran er [Habermas]. keinen Zweifel ließ: daß die »demonstrative Gewalt« zur Erzwingung einer vom politischen Aufklärungsinteresse bestimmten Öffentlichkeit auch die Verletzung repressiv gewendeter Regeln einschließen kann“ (Negt 1968b: 189).

16 Dieser Artikel erscheint am 11. April 1968 in der ‚konkret‘. Er ist Meinhofs Beitrag zum Gewaltdiskurs, den sie unter dem Eindruck der Demonstrationen schreibt, die auf das Attentat auf Rudi Dutschke folgten. Gegen Ende des Beitrags fordert die Autorin zu einer Überprüfung des Gewaltbegriffs auf („nun [...] kann und muß neu und von vorne über Gewalt und Gegengewalt diskutiert werden“), bewertet die „in diesen Ostertagen praktiziert[e] Gegengewalt“ als „nicht geeignet, Sympathien zu wecken, nicht, erschrockene Liberale auf die Seite der Außerparlamentarischen Opposition zu ziehen“ – was sie, das ist aus ihrer Aussage abzuleiten, als einen erfreulichen Befund bewertet, und entwirft dann das Szenario der zu Gewalt mutierenden Gegengewalt. Den endgültigen Schluss des Beitrags bildet dann das Eingangsmotto, das die Autorin wiederholt – sie hat es auf der Berliner Vietnam-Konferenz im Februar 1968 „so ähnlich von einem Schwarzen der Black-Power-Bewegung“ gehört: „Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht“ (ebd.). Die Botschaft Meinhofs ist nunmehr eindeutig: Gewalt bedeutet die Überschreitung der Grenze, die zwischen verbalem Protest und physischem Widerstand verläuft, Gewalt also entspricht hier einem Konzept physischen Widerstands und legitimen Ausdrucks politischen Protests.

handlungsargumentation extensiv genutzt, die in Bezug auf die studentischen Akteure durch Deklarationsverweigerung gekennzeichnet ist.

## 2.3 (Linker) Faschismus – Delegitimierung / Legitimierung

Vorauszuschicken ist: Faschismus/faschistisch ist ein hoch frequentes und omnipräsentes Diskurselement, und wird als Eigenschaftsbezeichnung von allen Beteiligten großzügig und weitgehend reflexionsfrei vergeben (vgl. Kämper 2012b). Mit zwei Beispielen lässt sich demonstrieren, dass Faschismus sozusagen einen kommunikativen Kulminationspunkt des Aushandlungsdiskurses darstellt.

Erstes Beispiel: Auf dem Kongress am 9. Juni 1967 – nachdem die Aushandlung zu Provokation gescheitert ist, wie gesehen – sieht sich Jürgen Habermas gezwungen, Rudi Dutschke linken Faschismus vorzuwerfen:

Ich bin der Meinung, er hat eine voluntaristische Ideologie hier entwickelt, die man im Jahre 1848 utopischen Sozialismus genannt hat, und die er unter heutigen Umständen, jedenfalls ich glaube, Gründe zu haben, diese Terminologie vorzuschlagen, linken Faschismus nennen muß. (Habermas 1967b: 101)

Zweites Beispiel: Im November 1967 erhält der Diskurs einen weiteren dynamisierenden Schub mit Reaktionen auf die Go-ins in die Vorlesungen von Carlo Schmid und Iring Fetscher, die der Rektor der Frankfurter Universität, Rüegg, als Einübung faschistischer Terrormethoden bewertet.

Was liegt hier vor? Faschismus erhält mit links ein Attribut, das seit Mitte der 1920er Jahre dazu dient, linken Totalitarismus (zunächst in Bezug auf die stalinistische Version des Kommunismus) zu delegitimieren. Mit dieser Kollokation werden im Verständnis der studentischen Linken einander ausschließende Gegensätze in einen Kontext gebracht, politiksemantische Antonyme in ein Gleichheitsverhältnis gezwungen. Damit wird der Wissensrahmen ‚Faschismus‘ gesprengt. Außerdem: Der Aushandlungsgegenstand faschistisch wird adressiert an Akteure, deren Selbstverständnis mit keiner anderen Eigenschaft gekennzeichnet ist wie der des Antifaschismus. Damit ist ihre Identität in Frage gestellt.

Wie reagieren die Adressaten auf solche Zuschreibungen? Die witzige Variante – Berlins linke Faschisten grüßen Teddy den Klassizisten – war auf einem Transparent zu lesen, das im Zuge eines Streits um den Iphigenie-Vortrag von Theodor Adorno, Spitzname Teddy, am 7. Juli 1967 entfaltet wurde (vgl. Kraushaar 2003 I: 265). Der Habermas-Doktorand Oskar Negt (1968) gibt ein Buch heraus: Die Linke antwortet Habermas – eine unter Beteiligung vieler Autoren

breit angelegte zurückweisende Replik. Der SDS veröffentlicht ein Flugblatt, das überschrieben ist mit der Frage ‚Wer ist hier faschistisch?‘ und das mit der Mahnung, die Diffamierung dieser Proteste als faschistisch sei „ein Hohn auf die Opfer des faschistischen Terrors“ (SDS 1967: 321) schließt – die Zuschreibung wird historisiert.

Und: Ein Autorenkollektiv von achtzehn Assistenten und Mitarbeitern der Fächer Soziologie und Philosophie mahnt ‚Zum richtigen Gebrauch der Begriffe‘ – die Zuschreibung faschistisch / Faschismus wird korrigiert, bewertet und es wird belehrt. Das Go-in in die Vorlesung Schmidts sollte den Zweck haben, eine Diskussion über die Notstandsgesetze zu erzwingen (Zum richtigen Gebrauch 1967: 322) – man wählt damit eine Handlungsbezeichnung, mit der man sich legitimiert fühlen kann: Diskussion erzwingen ist ein von Habermas ausdrücklich approbierter Akt politischer Willensbildung (s. o. 9f.). Im Zuge der Argumentation beruft man sich außerdem auf das Grundrecht der Rede- und der Wissenschaftsfreiheit, um schließlich diese Rechte in den Kontext der Demokratiegeschichte zu stellen und auf dieser Folie den Sprachgebrauch des Rektors als falsch zu bewerten. Ihre Belehrung leiten die Autoren dann ein mit Begriffsdefinitionen, um so die Formel faschistische Methoden zu überführen als ahistorische Betrachtungsweise, als unzulässige Terminologie, die entweder von Uninformiertheit oder von Boshaftigkeit zeuge. In der Schlussphase des Textes schaffen dann die Autoren einen intertextuellen Bezug zum Anfang des Kommunistischen Manifests von 1848: Ein Gespenst geht um in Deutschland – das Gespenst des Linksfaschismus.

Weiterhin verfährt die studentische Linke mit der Invektive so, wie es kennzeichnend ist für konfrontative identitätsstiftende Kommunikation. Sie versteht sie als Identitätszuschreibung und handelt strategisch, um die Differenz zwischen Selbst- und Fremdsicht aufzuheben. Kennzeichen dieser Strategie ist die Abwehr der zugeschriebenen Identität und die Konzeption einer Wunschidentität in vielen Varianten. Neben expliziter Leugnung und damit Demontage der zugeschriebenen Identität handelt die studentische Linke den Gegenstand ‚linker Faschismus‘ u. a. im Zuge von Umdeutungshandlungen zur Konstituierung einer Gegenidentität aus: Die Selbstverharmlosung lautet mit blanken Händen, waffenlos, ohnmächtige Randgruppen; die Handlungsmarginalisierung lautet harmlose Unterbrechung einer Vorlesung, die Handlungsidealisierung lautet Widerspruch auflösen, Diskussion erzwingen, öffentliche Auskunft verlangen.

### 3 Fazit

Die Themen von 1967/68 sind, auf eine höhere Abstraktionsebene gebracht, nicht neu: Gerechtigkeit und Menschenrechte waren auch schon das Motiv der Bauernaufstände und natürlich das von 1789.

Die gesellschaftliche Position der Akteure von 1967/68 ist nicht neu: Jugend- und Studentenproteste waren das Wartburgfest von 1817 ebenso wie zu Teilen das Hambacher Fest von 1832.

Dass die Protestbewegung der späten sechziger Jahre neue Protestformen gefunden und gelebt hat, ist allseits bekannt und hinlänglich beschrieben. Allerdings ist der Fokus hier zumeist auf die mehr oder weniger harmlosen Ulk-Veranstaltungen der Kommune I gerichtet<sup>17</sup>, die deutlich – zumal, wenn Dutschkes Legitimationsformel *begrenzte Regelverletzung* die Erklärungskategorie abgeben soll – von den mit ernsthaftem Grimm und radikaldemokratischem Empörungseifer inszenierten Aktionen des SDS unterschieden werden müssen. Abgesehen von deren neuen Formaten des Sit-ins und Teach-ins waren 1967/68 auch die Protestformen nicht neu: Demonstrationzüge begleiten die Protestgeschichte von Beginn an ebenso wie Flugblattaktionen.

Wie also lautet die Antwort auf die Frage nach dem Umbruchhaften von 1967/68?<sup>18</sup> Als Umbruchphänomen wird die Studentenbewegung seitens der Sozialgeschichte insofern erkannt, als sie „eine weder zuvor noch danach erreichte Mobilisierungsdynamik“ auslöste (Schulz 2008: 418), 1967/68 ist der Kulminationspunkt erreicht, mit, aufgrund der Häufigkeit der Protestereignisse, hoher Präsenz in der Öffentlichkeit.

Auch aus sprachlich-kommunikativer Sicht lässt sich 1967/68 als Umbruch werten, und zwar hinsichtlich des beschriebenen kommunikativ-interaktiven Szenarios des Aushandelns:

- Beteiligte sind die studentische und die intellektuelle Linke. Mit deren Theorieaffinität und Diskussionsbereitschaft ist das Bedürfnis des Aushandelns bezeichnet.

---

<sup>17</sup> Vgl. die Beiträge in Klimke/Scharloth (2007).

<sup>18</sup> Die neuere Forschung (exemplarisch Schildt 2008) hat dargelegt, dass 1967/68 weniger eine Zäsur war, sondern dass die Effekte der Bewegung eher als ein Katalysator beschleunigend und intensivierend waren. Es kann hier nicht der Frage nachgegangen werden, inwiefern die Rede von der 68er Zäsur gerechtfertigt ist oder ob nicht vielmehr bereits Ende der 1950er Jahre Tendenzen evident werden, die gemeinhin 68 zugeschrieben werden. Soviel ist sicher – zumindest bekamen etwa bereits bestehende Ansätze eine Dynamik, die zuvor nicht gekannt waren.

- Die protestierende Handlung repräsentiert die von der studentischen Linken geforderte Konkretetheit und Praxis der Theorie, die Vertreter dieser Theorie zu Kommunikation veranlasst. Damit ist die Voraussetzung des Aushandelns bezeichnet.
- Der Aushandlungsgegenstand ist entscheidend an dem zentralen und äußerst kontrovers bearbeiteten Konzept der Gewalt beteiligt, was die intellektuelle Linke zu Delegitimierungsakten veranlasst. Damit ist das Erfordernis benannt, Protestformen auszuhandeln.

Diese Konstellation beschreibt die Bedingungen, unter denen die Beteiligten die Demokratie-Gemäßheit unterschiedlicher Protestformen aushandeln. Dieses Szenario, dieses kommunikativ-interaktive Setting und sein Gegenstand, sind ein Umbruchphänomen der Protestgeschichte.

## Literatur

### Primärquellen

- Adorno, Theodor W. (1969): *Spiegel-Interview*. Zit. nach: Müller-Doohm 2003, 724f.
- Claussen, Detlev (1968): Einleitung. In Detlev Claussen/Regine Dermitzel (Hrsg.), *Universität und Widerstand. Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt*, 7–20. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Dutschke, Rudi (1967a): Referat. In Bernward Vesper (Hrsg.) (1968), *Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover. Voltaire Flugschrift 12*, 78–82. Frankfurt a. M.: Die Grafik – Grafische Werkstätte.
- Dutschke, Rudi (1967b): „Spiegel“-Gespräch 10. Juli 1967. In Wolfgang Kraushaar (Hrsg.) (2003), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995*, 268–271. Band 1 bis 3. Hamburg: Hamburger Edition Digital.
- Entwurf (1968): *Entwurf einer verbindlichen Interpretation der Ziele unseres Streiks, des sogenannten Negativkatalogs als einer Antwort auf die Ordinarien*. In Wolfgang Kraushaar (Hrsg.) (2003), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995*, 513–519. Band 1 bis 3. Hamburg: Hamburger Edition Digital.
- Habermas, Jürgen (1967a): Diskussion. In Bernward Vesper (Hrsg.) (1968), *Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover. Voltaire Flugschrift 12*, 75–76. Frankfurt a. M.: Die Grafik – Grafische Werkstätte.
- Habermas, Jürgen (1967b): Diskussion. In Bernward Vesper (Hrsg.) (1968), *Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover. Voltaire Flugschrift 12*, 100–102. Frankfurt a. M.: Die Grafik – Grafische Werkstätte.
- Habermas, Jürgen (1968): Einleitung einer Podiumsdiskussion. In: Jürgen Habermas (1969): *Protestbewegung und Hochschulreform*, 178–184. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1969): *Protestbewegung und Hochschulreform*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Horkheimer, Max (1967a): Die Revolte der SDS-Studenten. Späne – Notizen über Gespräche mit Max Horkheimer, in unverbindlicher Formulierung aufgeschrieben von Friedrich Pollock. In Wolfgang Kraushaar (Hrsg.) (2003), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995*. Band 1 bis 3. 311.
- Krahl, Hans-Jürgen (1967b): Diskussionsbeitrag. In Bernward Vesper (Hrsg.) (1968), *Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover. Voltaire Flugschrift 12*, 71–72. Frankfurt a. M.: Die Grafik – Grafische Werkstätte.
- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.) (2003): *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995*. Band 1 bis 3. Hamburg: Hamburger Edition Digital.
- Krippendorff, Ekkehart (1968): Zum Verhältnis zwischen Inhalt und Form von Demonstrationstechniken. In Oskar Negt (Hrsg.), *Die Linke antwortet Habermas. Herausgegeben von der Europäischen Verlagsanstalt*, 162–175. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Marcuse, Herbert (1967): *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Meinhof, Ulrike (1968): Vom Protest zum Widerstand. [www.ruhr-uni-bochum.de/bsz/516/516meinhoff.htm](http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz/516/516meinhoff.htm) (letzter Zugriff 29.10.2021)
- Negt, Oskar (1968): Studentischer Protest – Liberalismus – „Linksfaschismus“. In Bahman Nirumand/Oskar Negt/Hans Magnus Enzensberger (Hrsg.), *Kursbuch 13. Die Studenten und die Macht*, 179–189. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Negt, Oskar (Hrsg.) (1968): *Die Linke antwortet Habermas. Herausgegeben von der Europäischen Verlagsanstalt*. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Offe, Claus (1968): Kapitalismus – Analyse als Selbsteinschüchterung. In: Oskar Negt (Hrsg.), *Die Linke antwortet Habermas. Herausgegeben von der Europäischen Verlagsanstalt*, 106–112. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Schmierer, Joschka (1968): Bemerkungen zur Organisationsfrage. *neue kritik* 50, 10–25.
- SDS (1967): Offener Brief an Rektor Walter Rüegg. In Wolfgang Kraushaar (Hrsg.) (2003), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995*, 321. Band 1 bis 3. Hamburg: Hamburger Edition Digital.
- Zum richtigen Gebrauch (1967): Zum richtigen Gebrauch der Begriffe – Wissenschaftliche Stellungnahme von 18 Assistenten und Mitarbeitern der Fächer Soziologie und Philosophie zu Äußerungen des Rektors. In Wolfgang Kraushaar (Hrsg.) (2003), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995*, 322–323. Band 1 bis 3. Hamburg: Hamburger Edition Digital.

## Literatur

- Bogdal, Klaus-Michael (2001): Riskante Subjektwerdung oder wissen wir noch, wer wir waren? In Ulrich Ott/ Roman Luckscheiter (Hrsg.), *Graffiti. Belles Lettres. Soziale Phantasien und Ausdrucksformen der Achtundsechziger*, 17–32. Göttingen: Wallstein.
- Busse, Dietrich (2006): *Diskurslinguistik als Epistemologie. Das verstehensrelevante Wissen als Gegenstand linguistischer Forschung*. [Manuskript, dessen gekürzte Fassung auf dem 41. Linguistischen Kolloquium, Mannheim, 6.9.2006, Sektion 'Methoden der Diskurslinguistik nach Foucault', vorgetragen wurde].

- Gilcher-Holtey, Ingrid (2008): Kritische Theorie und Neue Linke. In Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968. *Vom Ereignis zum Mythos*, 223–247. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Girnth, Heiko (2002): *Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation*. Tübingen: Niemeyer.
- Hermanns, Fritz (1986): Appellfunktion und Wörterbuch. Ein lexikographischer Versuch. In Heidrun Kämper/Angelika Linke/Martin Wengeler (Hrsg.) (2012), *Fritz Hermanns. Der Sitz der Sprache im Leben. Beiträge zu einer kulturalanalytischen Linguistik*, 181–206. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Ingwer, Paul (2008): Interaktionsforschung/Sozialpsychologie und ihre Bedeutung für die Gesprächsanalyse. In *Text- und Gesprächslinguistik*, (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 16/2), 903–908. Berlin/New York: De Gruyter.
- Kämper, Heidrun (2012a): *Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre. Konstellationen – Kontexte – Konzepte*, (Studia Linguistica Germanica 107). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Kämper, Heidrun (2012b): Der Faschismus-Diskurs 1967/68. Semantik und Funktion. In Heidrun Kämper/Joachim Scharloth/Martin Wengeler (Hrsg.) (2012), 1968. *Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz*, (Sprache und Wissen 6), 259–285. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Kämper, Heidrun/Scharloth, Joachim/Wengeler, Martin (Hrsg.) (2012): 1968. *Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz*, (Sprache und Wissen 6). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Kämper, Heidrun (2013): *Wörterbuch zum Demokratiediskurs 1967/68. Unter Mitwirkung von Elisabeth Link*. Berlin: Akademie-Verlag. <https://www.owid.de/wb/disk68/start.html> (letzter Zugriff 29.10.2021).
- Kämper, Heidrun (2017a): Politikkritik in der Demokratie. Historische Beispiele und Versuch einer Einordnung. In Heidrun Kämper/Martin Wengeler (Hrsg.): *Protest – Parteien-schelte – Politikverdrossenheit. Politikkritik in der Demokratie*, (Sprache – Politik – Gesellschaft 20). Bremen: Hempen, 9–24.
- Kämper, Heidrun (2017b): Personen als Akteure. In Kersten Sven Roth/Martin Wengeler/Alexander Ziem (Hrsg.): *Handbuch „Sprache in Politik und Gesellschaft“*, (Handbücher Sprachwissen 19). Berlin/Boston: De Gruyter, 259–279.
- Kienpointner, Manfred (1992): *Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern*. Stuttgart-Bad Canstatt: Frommann-Holzboog.
- Klimke, Martin (2007): *Sit-in, Teach-in, Go-in: Zur transnationalen Zirkulation kultureller Praktiken in den 1960er Jahren*. In Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.), 1968. *Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*, 119–133. Stuttgart/Weimar: Metzler.
- Koenen, Gerd (2002): *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine Kulturrevolution 1967–1977*. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch.
- Kopperschmidt, Josef (2001): *La Prise de parole oder: Über den Versuch der Befreiung des Wortes*. In Ulrich Ott/ Roman Luckscheiter (Hrsg.), *Graffiti. Belles Lettres. Soziale Phantasien und Ausdrucksformen der Achtundsechziger*, 95–113. Göttingen: Wallstein.
- Luhmann, Niklas (1998): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Band 2. 10. Aufl. 2018. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Müller-Doohm, Stefan (2003): *Adorno. Eine Biographie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rucht, Dieter (2008): *Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung: Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde*. In Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968. *Vom Ereignis zum Mythos*, 153–171. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Schildt, Axel (2003): Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik. In Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, 21–53. Hamburg: Hans Christians.
- Schneider, Peter (2008): *Rebellion und Wahn. Mein '68*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Schulz, Kristina (2008): Studentische Bewegungen und Protestkampagnen. In Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, 417–446. Frankfurt/New York: Campus.
- Schulze, Gerhard (1993): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt/New York: Campus.
- Spinner, H. F. (1983): Kritik. In Wolfgang R. Langenbucher/Ralf Rytlewski/Bernd Weyergraf (Hrsg.), *Kulturpolitisches Wörterbuch Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik im Vergleich*, 337–342. Stuttgart: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung.
- Verheyen, Nina (2012): Distinktion durch Diskussion. 1968 und die sozialen Folgen verbaler Interaktion. In Heidrun Kämper/Joachim Scharloth/Martin Wengeler (Hrsg.), *1968. Eine sprachwissenschaftliche Zwischenbilanz*, (Sprache und Wissen 6), 227–244. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Warnke, Ingo H./Acke, Hanna: Ist Widerspruch ein sprachwissenschaftliches Objekt? In Martin Wengeler/Alexander Ziem (2018) (Hrsg.), *Diskurs, Wissen, Sprache. Linguistische Annäherungen an kulturwissenschaftliche Fragen*, 319–344. (Reihe: Sprache und Wissen 29). Berlin/Boston: De Gruyter.
- Wodak, Ruth/de Cillia, Rudolf/Hofstätter, Klaus/Kargl, Maria/Liebhart, Karin/Reisigl, Martin (1998): *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.